Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Nr. 4

München, den 22. Februar

1947

Inhalt:

Zweite Durchführungsverordnung vom 27. Jan. 1947 zum Gesetz Nr. 13 des Kontrollrats zur Änderung des Vermögensteuergesetzes . . .	S. 41
Verordnung Nr. 108 vom 14. Dezember 1946 über die Verlängerung gewerberechtlicher Fristen	S. 43
Verordnung Nr. 109 vom 24. Oktober 1946 über die Errichtung des Bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung	S. 43
Ergänzungsverordnung vom 5. Dezember 1946 über eine vorläufige Regelung der Arbeitslosenunterstützung für den Winter 1946/47	S. 44
Verordnung Nr. 110 vom 5. Dezember 1946 über die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung	S. 47

Verordnung Nr. 111 vom 30. Dezember 1946 zur Durchführung des Gesetzes Nr. 50 über die Errichtung der Landeszentralbank von Bayern vom 27. November 1946	S. 47
Anordnung vom 29. November 1946 über die Ergänzung der Anordnung über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern vom 25. 10. 1945 in der Fassung vom 29. 4. 1946	S. 48
Verordnung Nr. 112 vom 29. November 1946 über die Entladung und Abfuhr von Waren im Straßen- und Schifffahrtsverkehr	S. 48
Wegfall der Vorbemerkung zum Ehegesetz	S. 48

Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 13 des Alliierten Kontrollrates zur Änderung des Vermögensteuergesetzes

Vom 27. Januar 1947.

Auf Grund des § 12 der Reichsabgabenordnung wird für das Gebiet des rechtsrheinischen Bayern verordnet:

Zu Artikel II

§ 1

Unbeschränkte und beschränkte Vermögensteuerepflicht

Als Inland im Sinn der §§ 1 und 2 des Vermögensteuergesetzes ist das Gebiet der vier Besatzungszonen Deutschlands anzusehen.

Zu Artikel III

§ 2

Steuerpflichtiges Gesamtvermögen

„Steuerpflichtiges Gesamtvermögen“ ist das steuerpflichtige Vermögen im Sinne des § 7 des Vermögensteuergesetzes.

§ 3

Abrundung

- (1) Es sind einheitlich nach unten abzurunden:
 - a) die Einheitswerte (abweichend von § 25 des Reichsbewertungsgesetzes)
bei Grundbesitz auf volle 100 RM.,
bei Betriebsvermögen u.
Gewerbeberechtigungen auf volle 1 000 RM.;
 - b) das Gesamtvermögen
und das Inlandsvermögen
(abweichend von § 4 Abs. 2
des Vermögensteuerges.) auf volle 1 000 RM.
- (2) Für den Vermögensvergleich bei Fortschreibungen und bei Neuveranlagungen wird der Endwert nach den neuen Vorschriften ermittelt. Der Anfangswert bleibt unverändert.

§ 4

Besteuerung gemischter Vermögen bis zu 50 000 RM.

Besteht steuerpflichtiges Vermögen bis zu 50 000 RM. teils aus land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und teils aus anderem Vermögen, so sind die Schulden und der Freibetrag vom land- und forstwirtschaftlichen Vermögen abzuziehen. Der dann verbleibende Teil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist mit 1½ v. H., die übrigen Vermögensteile sind mit 1 v. H. zu besteuern.

§ 5

Angleichung der Steuersätze beim Übergang zu einem höheren Steuersatz

1. Bei natürlichen Personen

- a) Übersteigt das steuerpflichtige Vermögen den Betrag von 50 000 RM., nicht aber den Betrag von 57 000 RM., so beträgt die Vermögensteuer 500 RM. zuzüglich 5 v. H. des 50 000 RM. übersteigenden Betrages.
- b) Übersteigt das steuerpflichtige Vermögen den Betrag von 500 000 RM., nicht aber den Betrag von 566 000 RM., so beträgt die Vermögensteuer 7500 RM. zuzüglich 10 v. H. des 500 000 RM. übersteigenden Betrages.

2. Bei Rechtspersonlichkeiten

Übersteigt bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen das steuerpflichtige Vermögen den Betrag von 500 000 RM., nicht aber den Betrag von 533 000 RM., so beträgt die Vermögensteuer 10 000 RM. zuzüglich 10 v. H. des 500 000 RM. übersteigenden Betrages.

Zu Artikel VI

§ 6

Wertgrenzen bei der Fortschreibung der Einheitswerte

- (1) Der Einheitswert wird neu festgestellt (Wertfortschreibung):
 1. Bei einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, einem Grundstück oder einem Betriebsgrundstück, wenn der Wert, der sich für den Beginn eines Kalenderjahres ergibt, entweder um mehr als ein Fünftel, mindestens aber um

500 RM. oder um mehr als 200 000 RM., von dem Einheitswert des letzten Feststellungszeitpunkts abweicht;

2. bei einem gewerblichen Betrieb oder einer Gewerbeberechtigung, wenn der Wert, der sich für den Beginn eines Kalenderjahres ergibt, entweder um mehr als ein Fünftel, mindestens aber um 10 000 RM. oder um mehr als 200 000 RM., von dem Einheitswert des letzten Feststellungszeitpunkts abweicht.
- (2) Für Fortschreibungen auf Zeitpunkte vor dem 1. Januar 1946 gelten die Wertgrenzen des § 11 der Steuervereinfachungs-Verordnung v. 14. September 1944 (RGBl. I, S. 202).
 - (3) Wegen der Kriegsschäden am Grundbesitz findet eine Wertfortschreibung bis auf weiteres nur dann statt, wenn
 1. beschädigte Gebäude in einem anderen Umfang wieder hergestellt oder durch die Instandsetzung erheblich verbessert wurden,
 2. an Stelle des zerstörten Gebäudes ein Ersatzbau errichtet wurde oder feststeht, daß kein Ersatzbau errichtet wird.

Zu Artikel VII

§ 7

Neuveranlagung

- (1) § 13 Absatz 1 des Vermögensteuergesetzes gilt in folgender Fassung: „Die Vermögensteuer wird neu veranlagt (Neuveranlagung):
 1. wenn der Wert des Gesamtvermögens oder des Inlandsvermögens, der sich für den Beginn eines Kalenderjahres ergibt, entweder um mehr als ein Fünftel oder um mehr als 200 000 RM. von dem Wert des letzten Veranlagungszeitpunktes abweicht;
 2. wenn sich die Verhältnisse für die Haushaltsbesteuerung ändern.“
- (2) Für Neuveranlagungen auf Zeitpunkte vor dem 1. Januar 1946 gelten die Wertgrenzen des § 12 der Steuervereinfachungs-Verordnung v. 14. September 1944 (RGBl. I, S. 202).

§ 8

Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens

In Verbindung mit der Hauptveranlagung des Vermögens nach dem Stand vom 1. Januar 1946 findet auf den 1. Januar 1946 eine Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens statt.

§ 9

Haushaltsbesteuerung

§ 11 Absatz 2 des Vermögensteuergesetzes gilt in folgender Fassung:

„Der Haushaltsvorstand und seine Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden zusammen veranlagt, wenn er und die Kinder unbeschränkt steuerpflichtig sind. Kinder im Sinne dieser Bestimmungen sind die ehelichen Kinder, die ehelichen Stiefkinder, für ehelich erklärte Kinder, Adoptivkinder, uneheliche Kinder (jedoch nur im Verhältnis zur leiblichen Mutter) und Pflegekinder.“

Zu Artikel VIII

§ 10

Entrichtung der Jahressteuerschuld

§ 16 des Vermögensteuergesetzes gilt ab 1. Jan. 1947 in nachstehender Fassung:

„Die Vermögensteuer ist zu je einem Viertel der Jahressteuerschuld am 10. Februar, 10. Mai, 10. Aug.

und 10. November fällig. Steuerpflichtige, deren Vermögen überwiegend aus land- und forstwirtschaftlichem Vermögen besteht, haben am 10. Februar und 10. Mai je ein Viertel und am 10. November die Hälfte der Jahressteuerschuld zu entrichten.“

§ 11

Erklärungspflicht

§ 12 der Durchführungsverordnung zum Vermögensteuergesetz vom 2. Februar 1935 (RGBl. I, S. 100) in der Fassung v. 8. Dezember 1944 (RGBl. I, S. 338) ist in der folgenden Fassung anzuwenden:

- (1) „Von den unbeschränkt Vermögensteuerpflichtigen haben eine Vermögenserklärung über ihr Gesamtvermögen abzugeben:

I. natürliche Personen:

wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt. Dabei ist das Vermögen derjenigen Personen mitzuberechnen, mit denen der Steuerpflichtige zusammen zu veranlagern ist. Der Steuerpflichtige wird zusammen veranlagt

a) mit seiner nicht dauernd von ihm getrennt lebenden Ehefrau,

b) mit seinen Kindern, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Der Freibetrag (Artikel II des Gesetzes Nr. 13 des Kontrollrats) ist außer Betracht zu lassen;

II. nicht natürliche Personen:

1. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gesamtvermögens;
2. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, außerdem Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, wenn ihr Gesamtvermögen 10 000 RM. übersteigt.
- (2) Beschränkt Vermögensteuerpflichtige haben eine Vermögenserklärung über ihr Inlandsvermögen abzugeben ohne Rücksicht auf die Höhe des Inlandsvermögens.
- (3) Für offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind und die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben, ist eine Vermögenserklärung abzugeben, wenn das Vermögen der Gesellschaft 10 000 RM. übersteigt.
- (4) Eine Vermögenserklärung hat außerdem jeder abzugeben, der dazu vom Finanzamt besonders aufgefördert wird.“

Zu Artikel IX

(Anpassungsvorschriften für die Hauptveranlagung 1946)

§ 12

Steuerkurswerte

(§ 13 Absatz 1, §§ 71 und 72 Reichsbewertungsgesetz)

Bei der Festsetzung von Steuerkurswerten für die Hauptveranlagung der Vermögensteuer auf den 1. Januar 1946 kann von den Bestimmungen der §§ 71 und 72 des Reichsbewertungsgesetzes abgewichen werden.

§ 13

Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebensversicherungen

§ 14 Absatz 4 des Reichsbewertungsgesetzes gilt in folgender Fassung:

„Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen werden mit einem Drittel der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge bewertet.“

§ 14

Behandlung der Abgeltung der Gebäude-entschuldungssteuer

Die Bestimmung des § 3 der Verordnung zur Einheitsbewertung zur Vermögensbesteuerung, zur Erbschaftsteuer und zur Grunderwerbsteuer vom 4. April 1943 (RGBl. I S. 177) ist bei der Vermögensbesteuerung mit Wirkung vom 1. Januar 1946 ab nicht mehr anzuwenden.

§ 15

Eiserne Sparguthaben

Die Bestimmung des § 16 der Verordnung über das Eiserner Sparen vom 10. Dezember 1942 (RGBl. I S. 691) über die Befreiung der Eisernen Sparguthaben bei der Veranlagung zur Vermögensteuer wird mit Wirkung vom 1. Januar 1946 ab aufgehoben.

München, 27. Januar 1947.

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen
Dr. Kraus.

Verordnung Nr. 108**über die Verlängerung gewerberechtl. Fristen**

Vom 14. Dezember 1946.

Auf Grund des Art. 2 des Gesetzes über die Verlängerung gewerberechtl. Fristen vom 22. Aug. 1946 (GVBl., S. 221) wird bestimmt:

§ 1

Auf den Lauf der in § 49 der Gewerbeordnung sowie in § 4 Abs. 1 und 2 und in § 24 Abs. 1 des Gaststättengesetzes bezeichneten Fristen ist die Zeit von der Einstellung der Feindseligkeiten bis zum 31. Dezember 1947 nicht anzurechnen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1947 in Kraft.

München, den 14. Dezember 1946.

Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft

Dr. Ludwig Erhard.

Verordnung Nr. 109**über die Errichtung des Bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung**

Vom 24. Oktober 1946.

§ 1

Zum Zwecke der Übernahme der Aufgaben, welche auf Anordnung der Militärregierung von der Property Control Section auf die deutsche Verwaltung übergehen, und zur Durchführung der Wiedergutmachung gegenüber Personen und Organisationen, die wegen ihrer politischen Haltung, ihrer Rasse, Religion oder Weltanschauung durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geschädigt worden sind, wird ein Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung mit dem Sitz in München errichtet.

Das Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung untersteht vorläufig dem Ministerpräsidenten. Spätestens nach Ablauf eines Jahres nach der Verkündung dieser Verordnung entscheidet die Staatsregierung, welchem Staatsministerium das Landesamt endgültig unterstellt wird.

§ 2

Das Landesamt hat folgende Aufgaben:

I. Aufgaben der Vermögensverwaltung:

1. Fortführung der Kontrolle von Vermögenswerten, die bisher von der Property Control Section auf Grund folgender Gesetze unter Kontrolle genommen worden sind:
 - a) Gesetz Nr. 52 der Militärregierung,
 - b) Gesetz Nr. 2 des Kontrollrats,
 - c) Gesetz Nr. 9 des Kontrollrats,
 - d) Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats,
 - e) Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946.
2. Übernahme der Kontrolle über weitere Vermögenswerte auf Grund dieser Gesetze, soweit sie von der Property Control Section noch nicht erfaßt worden sind, insbesondere über solche Vermögenswerte, die früher rassisch, religiös und politisch Verfolgten gehört haben.
3. Vollzug der auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946 angeordneten Vermögenssperren.
4. Aufhebung der Kontrolle nach Wegfall des Rechtsgrundes.
5. Vollzug der gemäß Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats und Befreiungsgesetz angeordneten Vermögensentziehungen und Verwaltung der eingezogenen Vermögenswerte sowie der als Sühnezahlungen auf Grund des Gesetzes eingehenden Beträge.
6. Verwertung der eingezogenen Vermögenswerte im Rahmen der bestehenden Vorschriften (Gesetz 52 der Militärregierung und Titel 17 der Dienstanweisungen der Militärregierung) und der noch zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen.

II. Aufgaben der Wiedergutmachung:

Nach Ermächtigung durch die Militärregierung und Erlaß der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Wiedergutmachung deren Durchführung.

III. Dem Landesamt können weitere Aufgaben übertragen werden.

§ 3

Der Leiter des Landesamts und seine Vertreter werden vom Ministerpräsidenten ernannt.

Der Leiter des Landesamts oder die von ihm Beauftragten vertreten in den Angelegenheiten der Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung den Bayerischen Staat gerichtlich und außergerichtlich.

§ 4

Bei dem Landesamt wird ein Verwaltungsrat gebildet, dem der Ministerpräsident und die von ihm berufenen Staatsminister angehören. Der Ministerpräsident und die Staatsminister können ständige Vertreter für den Verwaltungsrat ernennen.

Der Verwaltungsrat beschließt in grundsätzlichen Fragen. Soweit Einstimmigkeit nicht erzielt wird, entscheidet der Ministerpräsident.

§ 5

Die Geschäftsführung des Landesamts erfolgt nach Richtlinien, welche der Verwaltungsrat erläßt. Die Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Ministerpräsidenten.

§ 6

Für die Bestellung der Leiter der Zweigstellen ist die Zustimmung des Verwaltungsrats erforderlich.

§ 7

Das Landesamt errichtet Zweigstellen in den Regierungsbezirken und nach Bedarf Außenstellen in den Stadt- und Landkreisen.

Die Zweigstellen und Außenstellen unterstehen dem Landesamt.

§ 8

Die Gerichte sowie die Behörden und Dienststellen des Staates und der Gemeinden und die sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sind dem Landesamt und seinen Dienststellen zur Rechtshilfe verpflichtet.

§ 9

Das Landesamt und seine Dienststellen können von jedermann Auskünfte verlangen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf Umstände oder Geschäfte und Handlungen beziehen, die für die Durchführung der Vermögenskontrolle von erheblicher Bedeutung sind. Auf Verlangen, besonders bei Prüfungen, sind die Bücher, Belege und sonstigen Schriftstücke vorzulegen, deren Prüfung zur Ermittlung solcher Umstände, Geschäfte und Handlungen für zweckdienlich gehalten wird. Das persönliche Erscheinen eines Auskunftspflichtigen kann angeordnet werden.

Die Richtigkeit einer Auskunft ist den in Abs. 1 genannten Stellen gegenüber auf Verlangen an Eides Statt zu versichern.

München, den 24. Oktober 1946.

Dr. Wilhelm Hoegner,
Bayerischer Ministerpräsident.

Ergänzungsverordnung

über eine vorläufige Regelung der Arbeitslosenunterstützung für den Winter 1946/47

Vom 5. Dezember 1946

Zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 wird hiermit nachstehende Ergänzungsverordnung über eine vorläufige Regelung der Arbeitslosenunterstützung für den Winter 1946/47 erlassen.

Gleichzeitig werden die §§ 29, 87—108, 110—110 d, 112—116 a und 178—182 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung außer Kraft gesetzt und die Erlasse zur Durchführung der Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 5. September 1939 (RGBl. I, S. 1674) und die Erlasse zur Durchführung der Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 11. September 1939 (veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 213 vom 13. September 1939) und vom 29. Februar 1940 (veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 54 vom 4. März 1940) sowie die Verordnung zur Änderung der Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 16. Dezember 1940 (RGBl. 1940 I, S. 1589) aufgehoben.

§ 1

Unterstützungsvoraussetzungen

- Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer
1. unfreiwillig arbeitslos, aber arbeitsfähig und arbeitswillig ist,
 2. die Anwartschaft erfüllt und den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht erschöpft hat.

§ 2

Selbständige Gewerbetreibende sowie Inhaber von Wandergewerbe- und Hausierscheinen erhalten keine Arbeitslosenunterstützung.

§ 3

Arbeitsfähigkeit

(1) Arbeitsfähig nach dieser Verordnung ist, wer imstande ist, durch eine Tätigkeit wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was geistig und körperlich gesunde Personen gleichen Geschlechts und ähnlichen Alters durch gleiche Arbeit zu verdienen pflegen.

(2) Werden Empfänger von Arbeitslosenunterstützung durch Krankheit arbeitsunfähig, so steht für die ersten 3 Tage der Krankheit ihre Arbeitsunfähigkeit dem Fortbezug der Arbeitslosenunterstützung nicht entgegen. Für die weitere Versorgung im Falle der Krankheit gelten die Vorschriften der Krankenversicherung Arbeitsloser (§§ 117—128 AVAVG).

(3) Wer Krankengeld, Wochengeld oder eine Ersatzleistung empfängt, die an die Stelle dieser Bezüge tritt, erhält daneben keine Arbeitslosenunterstützung.

§ 4

Arbeitswilligkeit

(1) Wenn der Arbeitslose den Verlust einer ihm zumutbaren Arbeit selbst verschuldet oder herbeigeführt hat oder die Aufnahme oder Verrichtung einer solchen Arbeit ablehnt oder unterläßt, so erhält er für 4 Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Im Wiederholungsfalle kann das Arbeitsamt die Unterstützung für einen längeren Zeitraum, jedoch höchstens für 6 Wochen, versagen oder entziehen.

(2) Die Frist von 4 bis 6 Wochen bei Versagung der Unterstützung beginnt mit dem Tage, den die zuständige Stelle bezeichnet. Bezeichnet werden darf kein früherer Tag als der, an dem der Arbeitslose zum Entzug oder zur Versagung der Unterstützung Anlaß gegeben hat, und kein späterer Tag als der, an dem der Entzug ausgesprochen wird. Wird die Versagung oder der Entzug der Arbeitslosenunterstützung wiederholt angeordnet, so beginnt die neue Frist erst nach Ablauf der ersten.

Sie läuft nur an Tagen, für die der Arbeitslose Unterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht (§ 173 AVAVG) genügt. Einem solchen Tage stehen 3 Tage gleich, an denen er in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Diese Beschäftigung muß mindestens 2 zusammenhängende Wochen gedauert haben.

(3) Zeiten, für die die Arbeitslosenunterstützung versagt oder entzogen oder in denen der nach § 14 vorgeschriebenen Meldepflicht nicht nachgekommen wurde, sind auf die Unterstützungsdauer (§ 8 der Verordnung) anzurechnen.

(4) Im Falle der Anwendung des Absatzes 1 kann bei Zuschlagsempfängern die Versagung oder der Entzug auf die Hauptunterstützung beschränkt werden.

(5) Zumutbar ist jede Arbeit, die dem körperlichen Zustand des Arbeitslosen entspricht, für die der tarifliche oder ortsübliche Lohn gezahlt wird, bei der die Unterkunft gesundheitlich und sittlich un-

bedenklich und die Versorgung der Angehörigen nicht gefährdet ist.

(6) Unter diesen Voraussetzungen ist vor allem auch eine auswärtige Arbeitsaufnahme zumutbar. Um in solchen Fällen die Versorgung zuschlagsberechtigter Familienangehöriger des Arbeitslosen zu sichern, kann das Arbeitsamt auf Antrag des Arbeitslosen die bisherigen Familienzuschläge ganz oder teilweise fortgewähren, jedoch in keinem Falle einen höheren Betrag als wochentäglich 1.50 RM. Der Familienzuschlag wird in diesen Fällen an den Angehörigen ausgezahlt, den der Arbeitslose bezeichnet. Auf den Familienzuschlag werden alle betrieblichen Trennungsleistungen in vollem Umfange angerechnet.

(7) Das Arbeitsamt kann die Arbeitslosenunterstützung zur Prüfung der Arbeitswilligkeit davon abhängig machen, daß der Arbeitslose gemeinnützige, zusätzliche Arbeit verrichtet. Regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitstätigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, dürfen nicht im Wege dieser zusätzlichen Arbeit ausgeführt werden. Für Mehraufwendungen, die dem Arbeitslosen bei ordnungsmäßiger Ausführung der zugewiesenen Arbeit entstehen, ist ihm neben der Fortgewährung der Arbeitslosenunterstützung durch das Arbeitsamt vom Träger der Arbeit eine zusätzliche Entschädigung von 20 Pfg. je Arbeitsstunde zu gewähren. Das Arbeitsamt kann die Arbeitslosenunterstützung auch von der Teilnahme an einer beruflichen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung abhängig machen.

(8) Wer Arbeitsmöglichkeiten beharrlich nicht nützt, seiner Registrierungspflicht, obgleich arbeitslos, nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist oder die Bemühungen, ihm Arbeit zu verschaffen, beharrlich vereitelt, erhält vom Arbeitsamt keine Unterstützung.

§ 5

Anwartschaft

(1) Die Anwartschaft ist erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat und seiner Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist.

(2) Liegt die Arbeitslosmeldung vor dem 6. Januar 1947, so gilt der 6. Januar 1947 als Stichtag.

(3) Erwirbt der Arbeitslose durch erneute Beschäftigung eine neue Anwartschaft, so erlischt die vorherige

§ 6

Unterstützungsarten

(1) Die Arbeitslosenunterstützung besteht aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen für Angehörige.

(2) Familienzuschläge sind für die Angehörigen des Arbeitslosen zu zahlen, denen er auf Grund einer rechtlichen Pflicht ganz oder überwiegend Unterhalt gewährt hat oder im Falle seiner Leistungsfähigkeit zu gewähren hätte (zuschlagsberechtigte Angehörige). Als Angehörige gelten auch Stief- und Pflegekinder. Die Zahlung des Familienzuschlages ist zu versagen, soweit der Angehörige in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere durch Einsatz der eigenen Arbeitskraft, zu beschaffen.

(3) Der Familienzuschlag wird nicht gewährt, sofern der Angehörige für seine eigene Person Hauptunterstützung bezieht.

§ 7

Höhe der Arbeitslosenunterstützung

(1) Die Arbeitslosenunterstützung bemißt sich nach Orts- und Lohnklassen.

(2) Für die Einreihung der Orte in die Ortsklassen ist das jeweilige Ortsklassenverzeichnis, das für die Gewährung von Ortszuschlägen für die Beamten durch das Besoldungsgesetz aufgestellt ist, maßgebend.

(3) Es bestehen folgende Lohnklassen:

Lohnklasse I bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt bis zu 24.— RM,

Lohnklasse II bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 24.— RM bis 36.— RM,

Lohnklasse III bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 36.— RM bis 48.— RM,

Lohnklasse IV bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 48.— RM bis 60.— RM,

Lohnklasse V bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von mehr als 60.— RM.

(4) Die Lohnklasse bestimmt sich nach dem durchschnittlichen Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose in den letzten 26 Wochen versicherungspflichtiger Beschäftigung vor seiner Arbeitslosmeldung bezogen hat. § 5 Abs. 2 findet Anwendung. Zeiten von Krankheit oder Kurzarbeit sind außer Betracht zu lassen.

(5) Die Arbeitslosenunterstützung beträgt wöchentlich:

A in Orten der Sonderklasse, der Ortsklasse A und in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern in der Lohnklasse I die Hauptunterstützung 9.— RM.

„ „ „ II „ „ 10.50 „

„ „ „ III „ „ 12.— „

„ „ „ IV „ „ 13.50 „

„ „ „ V „ „ 15.— „

Familienzuschlag für den ersten Angehörigen 3.90 „

für jeden weiteren „ 2.70 „

B in Orten der Ortsklasse B mit nicht mehr als 50 000 Einwohnern und in den Orten der Ortsklasse C bis E mit mehr als 10 000, aber nicht mehr als 50 000 Einwohnern

in der Lohnklasse I die Hauptunterstützung 7.80 RM.

„ „ „ II „ „ 9.30 „

„ „ „ III „ „ 10.80 „

„ „ „ IV „ „ 12.30 „

„ „ „ V „ „ 13.80 „

Familienzuschlag für den ersten Angehörigen 3.60 „

für jeden weiteren „ 2.40 „

C in den Orten der Ortsklasse C bis E mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern

in der Lohnklasse I die Hauptunterstützung 6.60 RM.

„ „ „ II „ „ 8.10 „

„ „ „ III „ „ 9.60 „

„ „ „ IV „ „ 11.10 „

„ „ „ V „ „ 12.60 „

Familienzuschlag für den ersten Angehörigen 3.30 „

für jeden weiteren „ 2.10 „

(6) Im Einzelfall darf die Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge 60 v. H. des durchschnittlichen Arbeitsentgelts der letzten 26 Wochen nicht übersteigen, das für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse maßgebend ist. Die Grenze erhöht sich bei Arbeitslosen der Lohnklasse I auf 80 v. H. des durchschnittlichen Arbeitsentgelts der letzten 26 Wochen, wenn mindestens ein zuschlagsberech-

tiger Angehöriger vorhanden ist. Arbeitslose der Lohnklasse II erhalten mindestens die Arbeitslosenunterstützung, die ihnen zustehen würde, wenn sie mit einem wöchentlichen Arbeitsentgelt von 24.— RM in Lohnklasse I einzustufen wären.

§ 8

Unterstützungsdauer

Die Arbeitslosenunterstützung wird für die Dauer von 13 Wochen gewährt.

§ 9

Gelegenheitsarbeit

Erzielt der Arbeitslose während des Bezugs der Arbeitslosenunterstützung aus einer geringfügigen Beschäftigung, aus einer vorübergehenden Dienstleistung oder aus einer sonstigen Tätigkeit Verdienst, so wird dieser nicht angerechnet, soweit er in der Kalenderwoche 20 v. H. desjenigen Betrags nicht übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit an Unterstützung einschließlich Familienzuschlägen für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrverdienst wird zu 50 v. H. angerechnet. Verdienst und Arbeitslosenunterstützung dürfen zusammen 150 v. H. dessen nicht übersteigen, was dem Arbeitslosen in der Kalenderwoche als Unterstützung zustände, wenn er keinen Verdienst hätte.

§ 10

Renten und Pensionsbezüge

(1) Auf die Arbeitslosenunterstützung sind anzurechnen:

a) Renten, die der Arbeitslose auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des ReichsKnappschaftsgesetzes oder des Angestelltenversicherungsgesetzes bezieht, sowie Renten aus einer Versorgungsanstalt (Zusatzversicherungsanstalt) oder aus einer ähnlichen, einer zusätzlichen Rentenversorgung dienenden Einrichtung einer öffentlichen Körperschaft;

b) Renten sonstiger Art, Ruhegehälter, Wartegelder, Witwen- und Waisengelder, Kinderbeihilfen, Übergangsgebühren und Zulagen zu diesen, soweit diese aus Mitteln der öffentlichen Hand oder von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft gewährt werden.

(2) Diese Bezüge werden nur insoweit angerechnet, als sie den Betrag von 25.— RM monatlich übersteigen.

(3) Ausgenommen von der Anrechnung sind jedoch
a) Pflegegeld aus der Unfallversicherung (§ 558 c, Abs. 2, Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung);
b) Sonderrenten an Schwerbeschädigte;
c) Übergangsrente nach § 5 der 2. Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 (RGBl. I, S. 27).

(4) Ist entgegen den Anrechnungsvorschriften des Abs. 1 einem Arbeitslosen Unterstützung gewährt worden, so kann das Arbeitsamt für die zuviel gezahlten Beträge Ersatz aus den genannten Bezügen beanspruchen. Zur Befriedigung des Ersatzanspruches darf auf rückständige Beträge bis zu ihrer vollen Höhe, auf andere Bezüge nur bis zu ihrer halben Höhe zurückgegriffen werden; der Zustimmung des Bezugsberechtigten bedarf es nicht. Der Ersatzanspruch ist der Stelle gegenüber geltend zu machen, die dem Arbeitslosen die Bezüge zu zahlen hat. Im Falle der Geltendmachung hat die Stelle die Bezüge bis zur Tilgung des Ersatzanspruches in der Höhe, die sich aus Satz 2 ergibt, an das Arbeitsamt abzuführen. Wegen des Ersatzanspruches ist die Pfändung der im Absatz 1 genannten Bezüge zulässig. Streit über die Ersatzansprüche wird, wenn ein Versicherungsträger in Anspruch

genommen wird, im Spruchverfahren der Reichsversicherungsordnung entschieden. Wird eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft in Anspruch genommen, so entscheidet die Dienstaufsichtsbehörde. Der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten ist ausgeschlossen.

§ 11

Abfindungen und Entschädigungen

(1) Keine Arbeitslosenunterstützung erhält der Arbeitslose für die Zeit, für die er aus seiner früheren Beschäftigung noch Arbeitsentgelt oder aus seiner früheren Beschäftigung eine Abfindung oder Entschädigung erhalten hat oder bezieht, solange für jeden Tag der Arbeitslosigkeit ein Betrag in Höhe des Arbeitsentgeltes aufgewendet werden kann, das er im Durchschnitt der letzten 26 Wochen seiner Beschäftigung täglich erzielt hatte. Zeiten von Kurzarbeit und Krankheit bleiben dabei außer Ansatz.

(2) Wird dem Arbeitslosen aus dem früheren Beschäftigungsverhältnis noch Arbeitsentgelt oder Abfindung oder Entschädigung geschuldet und wird ihm dennoch bereits Arbeitslosenunterstützung gewährt, so hat der Unternehmer die Unterstützungsbeträge dem Arbeitsamt zu erstatten. Er hat sie an das Arbeitsamt abzuführen, das sie ausbezahlt hat, und kann sie dafür dem Arbeitslosen gegenüber aufrechnen.

§ 12

Wartezeit

(1) Die Arbeitslosenunterstützung wird nach Ablauf einer Wartezeit gewährt. Die Wartezeit beginnt mit dem Tage der Arbeitslosenmeldung und läuft nicht an Tagen, für die der Arbeitslose die vorgeschriebenen Meldungen ohne genügende Entschuldigung unterläßt.

(2) Bezieht der Arbeitslose noch Arbeitsentgelt (§ 11), so wird der Beginn der Wartezeit um die Zeit hinausgeschoben, für die dem Arbeitslosen keine Arbeitslosenunterstützung zusteht.

§ 13

Dauer der Wartezeit

(1) Die Dauer der Wartezeit beträgt

- a) 14 Tage für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige,
b) 7 Tage für Arbeitslose mit zuschlagsberechtigten Angehörigen.

(2) Die Wartezeit verkürzt sich im Falle des Abs. 1 Buchstabe a auf 7 Tage, im Falle des Abs. 1 Buchstabe b auf 3 Tage, wenn die Arbeitslosenmeldung nach unmittelbar vorangegangener Kurzarbeit von mindestens vierwöchiger Dauer erfolgt und das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war.

(3) Bei Ausübung einer Beschäftigung bis zur Dauer von 6 Wochen verkürzt sich die Wartezeit um sovieler Wartetage, wie der Arbeitslose seit Beginn der ersten Arbeitslosenmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgte, bereits zurückgelegt hat.

§ 14

Regelmäßige Meldung

Für Tage, für die der Arbeitslose die vorgeschriebenen Meldungen (§ 173 AVAVG) beim Arbeitsamt oder der von ihm bestimmten Stelle ohne genügende Entschuldigung unterläßt, darf keine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Eine nachträgliche Entschuldigung bei Vorliegen triftiger Gründe ist zulässig.

§ 15

Spruchausschuß

(1) Bei jedem Arbeitsamt ist ein Spruchausschuß zu bilden.

(2) Der Spruchausschuß besteht aus dem Leiter des Arbeitsamtes oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden und je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer aus dem Bereich des Arbeitsamtes.

(3) Bei größeren Arbeitsämtern kann der Leiter des Arbeitsamtes einen geeigneten Amtsangehörigen mit dem Vorsitz im Spruchausschuß betrauen. Die Verhandlungen vor dem Spruchausschuß sind öffentlich.

§ 16

Einspruchsverfahren

(1) Gegen Entscheidungen des Arbeitsamtes im Unterstützungsverfahren ist Einspruch, im Ordnungsstrafverfahren Beschwerde beim Spruchausschuß (§ 15 der Verordnung) des Arbeitsamtes zulässig. Einspruchs- bzw. beschwerdeberechtigt ist jeder, der an der Abänderung der Entscheidung ein berechtigtes Interesse hat.

(2) Die Einspruchs- und Beschwerdefrist beträgt 2 Wochen und beginnt mit der Bekanntgabe der Entscheidung. Der Einspruch bewirkt keinen Aufschub.

(3) Der Arbeitslose, dem durch eine Entscheidung des Arbeitsamtes eine Leistung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen wird, ist über das Recht zur Erhebung des Einspruchs bzw. der Beschwerde sowie die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, in der Entscheidung zu belehren.

§ 17

Bei der Entscheidung über den Einspruch bzw. die Beschwerde setzt der Spruchausschuß, soweit erforderlich, gleichzeitig fest, ob und inwieweit zu Unrecht geleistete Beträge zurückzuerstatten sind.

§ 18

Gegen Entscheidungen des Spruchausschusses im Unterstützungsverfahren ist Berufung bei der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes zulässig, die endgültig entscheidet. § 16 Abs. 2 und 3 und § 17 gelten entsprechend.

§ 19

(1) Bei jedem Landesarbeitsamt ist eine Spruchkammer zu bilden.

(2) Die Spruchkammer besteht aus dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden und je 2 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern aus dem Bereich des Landesarbeitsamtes.

(3) Die Verhandlungen vor der Spruchkammer sind öffentlich.

§ 20

Übergangsbestimmungen

(1) Soweit die im § 13 vorgesehene Wartezeit am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits zurückgelegt ist, kann die Arbeitslosenunterstützung ab 6. Januar 1947 gewährt werden.

(2) Bei teilweiser Zurücklegung der Wartezeit gilt die Regelung des Absatzes 1 entsprechend.

§ 21

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 6. Januar 1947 in Kraft.

§ 22

Geltungsdauer

Die Geltungsdauer dieser Verordnung ist zunächst bis 31. März 1947 befristet.

§ 23

Ausführungsbestimmungen

Der Arbeitsminister ist berechtigt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen.

München, den 5. Dezember 1946.

Albert Roßhaupter,
Bayer. Staatsminister für Arbeit.

Verordnung Nr. 110**über die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung**

Vom 5. Dezember 1946.

Gemäß § 130 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung vom 18. September 1939 (RGBl. I, S. 1850) und deren Durchführungsvorschriften, insbesondere der Erlaß über Kurzarbeiterunterstützung vom 24. Januar 1940 (RABl. I, S. 45) und die Verordnung über die Barleistungen der Krankenversicherung bei Kurzarbeit vom 3. April 1940 (RGBl. I, S. 602) werden mit Wirkung vom 2. Dezember 1946 wieder in Kraft gesetzt.

§ 2

Die Verordnung über die Ausfallvergütung vom 16. Dezember 1942 (RGBl. I, S. 702) und die einschlägigen Erlasse sind bis auf weiteres nicht mehr anzuwenden.

München, 5. Dezember 1946.

Albert Roßhaupter,
Bayer. Staatsminister für Arbeit.

Verordnung Nr. 111**zur Durchführung des Gesetzes Nr. 50 über die Errichtung der Landeszentralbank von Bayern vom 27. 11. 1946**

Vom 30. Dezember 1946.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes Nr. 50 über die Errichtung der Landeszentralbank von Bayern wird verordnet:

§ 1

Zur Wahrnehmung der Rechte der Deutschen Reichsbank bei der Vermögensauseinandersetzung mit der Landeszentralbank ernannt der Finanzminister aus dem Kreise der bisherigen Beamten der Deutschen Reichsbank einen Treuhänder, der die Reichsbank vertritt und die ihr in Bayern verbleibenden Obliegenheiten wahrzunehmen hat. Rechtsverbindliche Erklärungen werden von dem Treuhänder unter der Bezeichnung „Deutsche Reichsbank. Der Treuhänder in Bayern“ abgegeben.

§ 2

Die Landeszentralbank von Bayern wird ermächtigt, sich für eine Übergangszeit, die spätestens

am 31. März 1947 endet, zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Personals und der Betriebseinrichtungen der Deutschen Reichsbank zu bedienen.

§ 3

Die Landeszentralbank hat eine Eröffnungsbilanz nach dem Stande vom 1. Januar 1947 aufzustellen und zu veröffentlichen, sobald die Überführung der Aktiva und Passiva der Reichsbankanstalten in Bayern auf die Landeszentralbank gemäß § 26 des Gesetzes soweit durchgeführt ist, daß die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz tunlich erscheint, jedoch spätestens am 31. März 1947. Für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz gilt § 12,1 des LZB.-Ges. entsprechend. Monatsausweise sind erst nach Aufstellung der Eröffnungsbilanz zu veröffentlichen.

§ 4

Bei der erstmaligen Bestellung der Verwaltungsratsmitglieder werden die in § 7 Abs. 2 Satz 4 erwähnten Mitglieder aus den Kreisen der öffentlich-rechtlichen, der genossenschaftlichen und der privaten Kreditinstitute vom Finanzminister nach Anhören von Vertretern dieser Gruppen bestellt.

München, den 30. Dezember 1946.

I. V. gez. Dr. Müller.

Anordnung

über die Ergänzung der Anordnung über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern vom 25. 10. 45 in der Fassung vom 29. 4. 1946 (GVBl. 1946, Seite 204)

Vom 29. November 1946.

§ 1

Die Anordnung über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern vom 25. 10. 1945 in der Fassung vom 29. 4. 1946 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1946, Seite 204) wird wie folgt ergänzt:

In Ziffer 1 Absatz 1 sind in Nr. 6 hinter dem Wort „Würzburg“ die Worte „und Aschaffenburg“ einzufügen.

§ 2

Diese Anordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

München, den 29. November 1946.

Dr. Ludwig Erhard,
Bayer. Staatsminister für Wirtschaft.

Verordnung Nr. 112

über die Entladung und Abfuhr von Waren im Straßen- und Schiffsverkehr

Vom 29. November 1946.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 11. Dezember 1942 (RGBl. I, S. 685) wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten und dem Arbeitsministerium verordnet:

§ 1

Die Verordnung über die Entladung von Waren vom 30. November 1939 (RGBl. I, S. 2328) und die dazu ergangene Verordnung vom 21. Dezember 1939 (RGBl. I, S. 2464) finden auch auf den Straßen- und Schiffsverkehr Anwendung.

§ 2

Die Entladefristen (§ 1 der Verordnung v. 30. November 1939) werden durch das Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten festgesetzt.

§ 3

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Verpflichtung zur fristgemäßen Entladung von Straßenfahrzeugen und Schiffen tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten oder der von ihm bestimmten Dienststellen ein.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und am 31. Dezember 1946 außer Kraft.

München, den 29. November 1946.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft
Dr. Ludwig Erhard.

Wegfall der Vorbemerkung zum Ehegesetz in Nr. 7 des GVBl. v. 11. 6. 46

„Das Gesetz Nr. 16 des Alliierten Kontrollrates (Ehegesetz) ist in Nr. 7 des GVBl. vom 11. 6. 1946 mit einer Vorbemerkung veröffentlicht worden, die inhaltlich dem „Militärregierungsgesetz vom 2. März 1946 zur Änderung des Gesetzes Nr. 2 der Militärregierung“ entsprochen hat. Da das Militärregierungsgesetz vom 2. 3. 1946 durch das 2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes Nr. 2 der Militärregierung (veröffentlicht in Nr. 25 des Bayer. Staatsanzeigers vom 16. 11. 1946) aufgehoben worden ist, ist die Vorbemerkung zum Ehegesetz in Wegfall gekommen.“

München, den 30. Dezember 1946.

Staatsministerium der Justiz
I. A. Dr. Konrad, Ministerialdirektor.